

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Meißen.

Postkasskonto: Dresden 1500
Circulaffe Riesa Nr. 52.

N. 58.

Mittwoch, 10. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig und für drei Monate 6 Mark. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Kleinschriftzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftstele: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Geisterchen von Genf.

Ach, wie gerne würden Frankreich und Polen die Geister, die sie so unvorsichtig heraufbeschworen haben, wieder bannen. Würden Herr Briand und Herr Strajnski heute von Reuen vor die Frage gestellt werden: ein Märchen um die Natsfise anzuleiten, sie würden sicherlich nach den Erfahrungen, die sie jetzt gemacht haben, davon Abstand nehmen. Die polnische Forderung wird nicht so sehr an der deutschen Unmachbarkeit scheitern, eher schon an ihrer eigenen Richtigkeit. Chamberlain und sein französischer Ministerkollege haben zu kräftig in den Amietenhäusern hineingeschlagen. Der sonst so ruhige Bau des Völkerbundes ist recht lebendig geworden. Aus allen Ecken und Enden treten die Forderungen. Heberall präsentieren sich Leute mit einem vorwurfsvollen Blick ob der ihnen zugemuteten Zurückstellung. Sicherlich, diese immer sich steigende Nachfrage nach Ethen im Völkerbundsrat entwirrt nicht einem eigenen Verlangen. Sie ist eine Begleitererscheinung, ein Spiegel menschlicher Gierlichkeit und Unzulänglichkeit, die nicht duldet, daß andere mehr erreichen, als man selbst verlangt. Das alles, was jetzt in Genf geschieht, erinnert an die Geschichte von dem Hund, der vor einem Salattopf sitzt, ihn naturgemäß nicht fressen kann, aber trotzdem jeden gerinnig anknurrt, der sich dieser unerbauischen Speise nähert. Würde die Regie in Genf diesen Salattopf, als der sich die Natsfrage präsentiert, aus der Debatte entfernen, sicherlich, es gäbe dann auch kein Käsefleisch mehr. Wir haben schon einmal gesagt, Deutschlands Stellung in Genf ist nicht unangenehm. Aus dem Verwirr, den Reich und ungerechtfertigte Zurücksetzung werden lassen, führt nur ein Weg. Besser gesagt, ein Kreisweg, der am Ausgangspunkt wieder landet. Der wäre Locarno, oder das, was man vor einigen Wochen in Locarno festlegte.

Man lasse sich Ruhe. Jede Krise endet, wenn sie sich fotografieren hat. Was auch Brasilien sein Veto einlegen. Was kümmert es uns. Das Veto ist ja problematischer Art. Es wird aufgehoben durch andere Forderungen anderer Nationen. Und außerdem, bis jetzt ist es nur eine Drohung. Von der Drohung zur Tat ist noch ein weiter Weg. Die Distanz ist so weit, daß man getrost von einem Bluff sprechen kann. Von einem ähnlichen Bluff, wie ihn Polen in die Debatte warf, als es zu erkennen gab, daß es sich den Volschweiften anschließen würde, wenn man ihm nicht Recht gäbe. Man kann über diese Verhörschancen in dem sicheren und angenehmen Gefühl, daß sie Prestitionen sind, die keine Kraft haben. Und dann in der noch berechtigteren Erkenntnis, wie unhilftig doch der gegnerische Standpunkt sein muß, wenn man nur die feinsten Anterlippen zu seiner Begründung vorweisen kann.

Reichsfinanzler und Reichsaussenminister sind hant geworden. Das ist das Greulichste, was wir aus dem Genfer Lokavabohu schöpfen können. Auf ihrer Seite steht nicht nur das moralische Recht, sondern auch eine Beweisführung, die logisch und juristisch völlig unantastbar ist. Deutschland erklärt, daß es ihm unmöglich sei, sich über die günstige oder ungünstige Wirkung einer Ratserweiterung zu äußern, ehe es nicht selbst die praktische Arbeit des Rates und des Völkerbundes aus eigener Mitarbeit und aus eigener praktischer Erfahrung kennt. Diese deutsche These ist einfach nicht zu schlagen. Sie ist gegen alle Präzisionsmethoden so lange gefestigt, als sie nicht ein Täufelchen von ihrem Inhalt verliert. Würden die deutschen Delegierten sich zum Beispiel dazu verleiten lassen, Spanien, Brasilien oder China einen Sitz im Herbst oder zu einem noch späteren Zeitpunkt zu verschreiben, so wäre die Beweisführung schon erschüttert. Denn wie könnte eine deutsche Delegation, die noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, die innere Struktur dieses Rates aus eigener Erfahrung also nicht kennt, sich über die Opportunität einer Ratserweiterung äußern. Eine solche Inkonsistenz könnte Konsequenzen haben, die das ganze Recht moralischer und juristischer Art, das Deutschland auf seiner Seite hat, über den Haufen werfen.

Ein anderes gibt es daher nicht: entweder, der Herr Reichsminister und der Herr Reichsaussenminister kehren nach Berlin zurück, mit einem deutschen Sitz im nicht-erweiterten Völkerbundsrat und ohne Versprechungen an die Vertragspartner über eine Ratserweiterung, oder sie kehren zurück ohne den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollzogen zu haben. Das Letztere wäre ja auch sehr peinlich. Aber ein Irrtum ist schließlich nicht so schlimm, wenn man sein Weien rechtzeitig erkannt hat und den Mut hat, sich zu ihm zu bekennen. Wir in Deutschland können mit Hyperstich den kommenden Ereignissen in Genf entgegengehen. Wir haben einen festen, einheitlichen Willen, der von allen am Wiederaufbau des Reiches interessierten Parteien geteilt wird und wissen, daß drüber alles besteht, nur kein festumrissener Plan, keine Klarheit und keine Möglichkeit, sich aus dem Labrynth des Märchenbaus wieder zu befreien. Die polnische Forderung war ein allzu nachsichtiges Räuschen, das sich allzu leicht in die Falle verfangen hat. Wir haben keine Ursache, es zu befechten.



Die deutsche Delegation in Genf.

In der vorderen Reihe: Dr. Luther und Dr. Stresemann. In der zweiten Reihe (von links nach rechts): Reichspräsident Dr. Brüning, Vizepräsident v. Dierck, Staatssekretär v. Schubert, Generalsekretär der Delegation Hodelhammer; Staatssekretär Rommer; der juristische Beirat Ministerialdirektor Dr. Gaus und Geheimrat v. Bülow.

Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen.

Der deutsche Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund.

Genf. Der erste Ausschuss der Völkerbundsversammlung, der den Aufnahmeantrag Deutschlands zu prüfen hat, ist gestern nachmittags 4/30 Uhr unter dem Vorsitz Chamberlains zu einer kurzen konstituierenden Sitzung zusammengetreten und hat beschlossen, einen Unterausschuss zu bilden, der in Anwendung des gleichen Verfahrens, das seinerzeit gegenüber Bulgarien, Österreich und Ungarn angewandt wurde, den Aufnahmeantrag im einzelnen beraten soll. Am Unterausschuss sind folgende Staaten vertreten: Frankreich durch Paul-Boncour, Italien durch Grandi, Japan durch Shi, Belgien durch Vanderveelde, Cuba durch Yagero, Norwegen durch Ranfen, Griechenland durch Rufos, Bulgarien durch Buroff, Irland durch Figgerald und Jugoslawien durch Rinschitsch. Außerdem gehören dem Unterausschuss der Präsident des ersten Ausschusses Chamberlain und der Vizepräsident des ersten Ausschusses London (Holland) an.

Der Ausschuss vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit, während der Unterausschuss in nichtöffentlicher Sitzung sofort seine Arbeiten aufnahm und zunächst einen Präsidenten wählte.

Der Unterausschuss.

dem gestern nachmittags der Aufnahmeantrag Deutschlands zur Prüfung überwiesen wurde, wählte Chamberlain zu seinem Präsidenten und London (Holland) zu seinem Vizepräsidenten, so daß also der Vorsitz des Unterausschusses und des Ausschusses selbst für die Prüfung des deutschen Aufnahmeantrages in den gleichen Händen liegt. Die Arbeiten des Unterausschusses werden, wie das seither immer üblich war, nicht öffentlich sein. Der Zeitpunkt für die nächste Sitzung des Unterausschusses ist noch nicht bekannt. Auch ist es noch nicht sicher, ob bereits zu der nächsten Sitzung des Unterausschusses ein deutscher Vertreter zugezogen werden wird.

Der ständige militärische Ausschuss

des Völkerbundes hat sich gestern vormittags mit dem Aufnahmeantrag Deutschlands beschäftigt und sich dahin ausgesprochen, daß die militärischen Verhältnisse Deutschlands durch die Bedingungen des Versailles Vertrages bestimmt sind. In unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß bei der Ausarbeitung des Gutachtens des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes keine Schwierigkeiten zu erwarten sind, da es sich lediglich um die Einhaltung von Formalitäten handelt.

Unterredung Chamberlains mit Dr. Luther und Dr. Stresemann.

Genf. Gestern nachmittags stattete Sir Austen Chamberlain Reichsfinanzler Dr. Luther und Reichsminister Dr. Stresemann seinen Besuch ab und hatte mit ihnen eine längere freundschaftliche Aussprache, die 1 1/2 Stunden dauerte.

Wiederaufnahme der offiziellen Besprechungen.

Genf. Unter den Vertretern der Signatarmächte des Rheinlandpattres ist vereinbart worden, heute vormittags die Unterhaltung, die am Sonntag nachmittags begonnen wurde, fortzusetzen.

Paris. Der Kanadavertreter in Genf berichtet: Vor seiner Abreise nach Paris hat Briand Paul-Boncour und Loucheur alle Vollmacht übertragen, um sowohl mit den Signatarmächten der Abkommen von Locarno als auch mit den übrigen Mitgliedern die am Sonntag nachmittags begonnenen offiziellen Besprechungen fortzusetzen. Briand, der seit seiner Rückkehr nach Paris alle Schwankungen der Genfer Arie vom internationalen Gesichtspunkt aus verfolgt hat, hat von Paris aus Paul-Boncour und Loucheur an die Instruktionen erinnert, die er ihnen gegeben hat. Im gleichen Augenblick hat Chamberlain den Gedanken angedeutet, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Er hat es als wünschenswert bezeichnet, daß an diesen Besprechungen nicht nur die Signatarmächte der Abkommen von Locarno, sondern alle Mitglieder des Völkerbunds teilnehmen, um das Terrain für die vom Völkerbundsrat einstimmig zu treffenden Entscheidungen vorzubereiten. Die deutschen Vertreter werden selbstverständlich aufgefordert werden, an den neuen offiziellen Zusammenkünften teilzunehmen. Man kann also damit rechnen, daß spätestens morgen die Mitglieder des Völkerbundsrates unter Beteiligung von Dr. Luther und Dr. Stresemann offiziell zusammenzutreten, um zu versuchen, eine Verhandlungsbasis zu finden, und man hofft, daß einige Stunden später auch Briand selbst wieder an den Beratungen teilnehmen können. Es ist im übrigen nicht unwahrscheinlich, daß die französischen Delegierten im Laufe des heutigen Tages hierüber mit den deutschen Delegierten eine Sonderbesprechung haben werden.

Zur Frage der Ratserweiterung.

London. „Daily Express“ sagt in einem Leitartikel: „Wir haben früher hervorgehoben und haben dies auch jetzt wiederum hervor, daß das keine Angelegenheit für Vereinbarungen und einen Tauschhandel ist. Deutschland ist berechtigt, im Völkerbundsrate zu sitzen, weil es eine Großmacht ist und weil es ein endgültiges Versprechen betreffend seine Wahl bei der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno erhalten hat. Spanien hat dagegen kein solches Recht und keinen solchen Anspruch. Es ist Pflicht des britischen Staatssekretärs des Auswärtigen, sich auf keine Versprechen einzulassen, die die freien Aktionen des Völkerbundes im September einschränken könnten. Der spanische Anspruch gehört nicht auf die gegenwärtige Tagesordnung und sollte nicht zugelassen werden.“

Belgien und die Frage der Natsfise.

Paris. (Zuspruch.) Der Korrespondent der Chicago Tribune in Genf behauptet, Belgien habe gestern seine Kandidatur für einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat aufgestellt. Der belgische Delegierte Rollin habe bemerkt, die Brüsseler Regierung würde auf ihrem Anspruch auf einen Natsfise bestehen, wenn außer Deutschland irgend einem anderen Lande ein Sitz eingeräumt werde.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade
Riesa a. Elbe. Fernruf 48.